Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für 2007

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Haupt- und Finanzausschuss				27.02.2007
Rat der Gemeinde				13.03.2007

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Wie seit 1996 praktiziert, wird auch für 2007 die Festsetzung der Steuersätze für die Realsteuern in einer gesonderten Hebesatz-Satzung vorgenommen.

Unmittelbar nach dem Ratsbeschluss kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Hebesatzsatzung im Rundblick erfolgen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Hebesätze der Realsteuern in 2007 gegenüber 2006 nicht zu verändern.

Es sind dies im einzelnen:

Grundsteuer A	295 v.H.
Grundsteuer B	391 v.H.
Gewerbesteuer	430 v.H.

Vergleichsübersicht Oberbergischer Kreis s. Anlage

Nach einer Entscheidung des Innenministeriums NRW sind Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept ab sofort davon befreit, für die Realsteuern überdurchschnittlich hohe Hebesätze festlegen zu müssen. Das war bisher die Voraussetzung dafür, dass die Kommunalaufsicht ein Haushaltssicherungskonzept genehmigte.

Künftig reicht es nach dem geänderten Handlungsrahmen für die Genehmigung von

Haushaltssicherungskonzepten aus, wenn die kommunalen Steuerhebesätze mindestens dem Durchschnitt vergleichbar großer Kommunen entsprechen. Die jeweiligen Hebesätze bis auf den Durchschnitt der Größenklasse zu senken, erlaubt die Neuregelung jedoch nicht. Das wird erst dann möglich sein, wenn die Fehlbeträge des Verwaltungshaushaltes aus den Vorjahren abgetragen sind und der Haushaltsausgleich sowie die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde durch niedrige Steuerhebesätze nicht gefährdet wird.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2007.

Uwe Töpfer

Marienheide, 10.Jan.2007

Anlage